

bis 25 Mark werden kaum irgendwo in Thüringen für den Rentner gezahlt. Die Landwirtschaftssämmerei für Sachsen-Anhalt erlässt eine Mahnung, darauf hinzuwirken, herartige übermäßige Preisangebote zu unterlassen und mit der Kartoffelbeschaffung nur vertrauenswürdige Händler und Genossenschaften zu beauftragen. Auch die Landwirte Sachsen-Anhalts wollen alles tun, damit die Gefahr einer übermäßigen Preistreiberei für die freien Kartoffeln abgewendet werde. — Aus vielen ländlichen Stellen Oldenburgs wird übereinstimmend berichtet, daß Vertreter von Braunkohlebrennereien das Land bereisen und Eiskartoffeln in großen Mengen zu geradezu ungeheuerlichen Preisen aussaufen. Man hört den Preis von 80 Mark für den Rentner nennen; an anderen Stellen sollen den Landwirten für die noch im Erdboden stehenden, von den Südfasern selbst eingezurndenden Kartoffeln 40—50 Mark pro Rentner geboten worden sein. Das würde natürlich eine so erhebliche Verteuerung des neben dem Brot unentbehrlichsten Volksnahrungsmittels bringen, daß die wirtschaftlich schwächer gestellten Kreise anderweit kaum hörter getroffen werden könnten. Solange gegen diese Gefährdung der Volksernährung gefeiertlich scheintar so wenig zu machen ist, muß mindestens der schriftliche Appell an die Landwirte ergehen, ihr soziales Verantwortungsgefühl gegenüber dem Profit entscheiden zu lassen und alle Kaufangebote, die nicht Ernährungszwecken dienen, abzulehnen. — Anzutreten haben die Vertreter der landwirtschaftlichen

— Inzwischen haben die Vertreter der landwirtschaftlichen Vereine der Kartoffelaugebiete im Freistaat Oldenburg folgenden beherzigenswerten Beschluss gefasst und in einer am 7. September in Oldenburg abgehaltenen Versammlung folgenden Antrag angenommen: „Die am 7. September 1920 in Oldenburg versammelten Vertreter landwirtschaftlicher Vereine der Kartoffelaugebiete stimmen einstimmig dem vom Herrn Ministerpräsidenten Tanzen gemachten Vorschlag zu, wonach 50 Rentner Kartoffeln vom Elternteil mit Spätkartoffeln bestellten Landes zum Preise von 20 Pfund auf dem Wege der freiwilligen Umlage von den Landwirten zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung des Landestheils Oldenburg aufgebracht werden sollen.“

— Angemessene Preise für Kartoffel-
wachtländ. Nach genauen Ermittlungen des Wirt-
schaftsministeriums belaufen sich die Gesamtgeschäftsosten für
einen schöpferischen Acker Kartoffeln im Wirtschaftsjahr 1919
bis 1920 bei Berücksichtigung der in diesem Jahre enorm
gestiegenen Mehrausgaben für die menschliche und tierische
Arbeitsleistung, die Düngemittel und das Saatgut bei
gleichzeitig verminderter Arbeitsleistung auf etwa 2500
bis 3000 Mark, wobei angenommen wird, daß die Ernte
vom Bäcker selbst erledigt wird. Unter Ansehung eines
angemessenen Unternehmergewinnes stellt sich ein ange-
messener Pachtwerts für den Acker Kartoffelrand bei Vieh-
züchtung des Saatgutes auf rund 3200 Mark; pro Quadrat-
meter auf etwa 58 Pf. und bei 7200 Hektarometern für
den Acker auf 41 Pf. für die Hekt. Wenn der Bäcker das
Saatgut selbst zieht und auslegt, so würde dagegen ein
Pachtwerts von 41 Pf. für den Quadratmeter und 32 Pf.
für den Hektarometer als angemessen anzusehen sein. Höhere
Forderungen als die hier bezeichneten müssen, wie das
Wirtschaftsministerium befammt gibt, als Bäcker gelten und
werden von den mit der Verfolgung des Bäckers beauf-
tragten Behörden, indeß andere dem Lanbespreisamt ver-
folgt werden.

— Versättigung von Hafer und Gerste.
Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung vom 26. August 1920 sind die Vorschriften über die Versättigung für Hafer und Gerste aus der Ernte 1920 erlassen worden. Bei Hafer werden dem Landwirt die selbstgeernteten Borräte unbeschränkt zur Versättigung im eigenen Betrieb freigesäßen; dabei wird Menge aus Hafer und Gerste, in dem nicht mehr als 30 v. H. Gerste enthalten sind, hinsichtlich der Versättigung als Hafer behandelt. Bei Gerste ist die Versättigung zunächst insofern gestattet worden, als es sich um die den Landwirten zur menschlichen Ernährung beflossene Menge von 5 Kilogramm für den Kopf und Monat handelt. Außerdem ist Gerste für Zuchthäuser zur Verfügung gestellt worden, und zwar, wie in den Vorjahren, zwei Renten für den Wurf. Es bleibt vorbehalten, die Förderung nach erweiterter Freigabe der Gerste erneut zu prüfen, sobald die Ernte-Ergebnisse sich voll übersehen lassen. Die Versättigung der als Deputat gelieferten Gerste im eigenen Betrieb d.s Deputatberechtigten unterliegt keinen Beschränkungen.

— Bezug von Oelfischen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat zur Verteilung an die Landwirte zu besonders bevorzugten Preisen einen großen Posten Oelfischen, Oelfischmehle und Oelfischensilage — in der Hauptische Steinischen, Arofischen, Rapfischen, Steinlachsensilage, Palmkernsichtrot und Rosolfsuchensichtrot — zur Verfügung gestellt, die aus der inländischen Verarbeitung ausländischer Oelfasaten in der letzten Zeit angefallen sind. Nach den vorliegenden Durchschnittsanalysen handelt es sich bei diesen Produkten um hochwertige nährstoffhaltige Futtermittel, für die die etwa zwischen 66 und 78 Mark je Rentner schmaubenden Preise als sehr vorteilhaft bezeichnet werden müssen. Die Preise für diese Futtermittel, in erster Linie zur Förderung der Milchherzeugung und zur allgemeinen Erhaltung der Tierhaltung gedacht, sind absichtlich verhältnismäßig niedrig angelegt worden. Die Futtermittel sollen durch die Kommunalverbände unter weitgehender Heranziehung der örtlichen Genossenschaften zur Verteilung gelangen, wobei, soweit Verladung in Säcken notwendig ist, nur die hierfür auslässigen Bushläge erhoben werden dürfen, so daß sich für die Kommunalverbände selbst eine Verdienstmöglichkeit nicht ergibt. Die Befestigungen sind umgehend auszugeben, da bei nicht genügender Beteiligung die vorhandenen Bestände dem freien Handel zugesetzt werden. Der Bundeskulturrat empfiehlt den ländlichen Landwirten den Bezug der angebotenen Futtermittel, zumal die vielfach bestehenden Bedenken wegen angeblich schädlicher Wirkung dieser Oelfischen oder wegen Aufnahmeverweigerung durch die Tiere bei fachgemäßer Fütterung durchaus unbegründet sind.

—* Geldlotterie für die Grenzspende der Kreishauptmannschaft Dresden. Du mußt helfen! Das ist das Lösungswort dieser Tage, helfen benen, die um das Deutschland in den Gebieten unseres Vaterlandes kämpfen, damit deutsch bleibe, was deutsch war. Auch der Gewinn dieser Lotterie soll mithelfen, den Kampf um unseres Volksgenossen Angehörigkeit zum deutschen Vaterlande durchzuführen. — Lose zum Preise von M. 3.— sind zu haben beim Invalidendank für Sachsen, Dresden-W., König Johannisstr. 8, sowie bei allen Staatsslotterie-Einnehmern und sonstigen durch Plakate kenntlichen Geschäftsstellen. Dieziehung der Lotterie findet bereits Ende Oktober in Dresden statt.

* Große. Der bieflige Turnverein feiert am kommenden Sonntag sein 30-jähriges Bestehen durch ein Wettkennen am Vormittag, dem sich am Nachmittag nach einem Umzug ein Schauturnen anschließt. An den turnerischen Veranstaltungen, die auf der hinter dem alten Hafen gelegenen Wiese des Gutsbesitzers Strehle abgehalten werden, nehmen auch auswärtige Turnvereine aus dem Niederelbgebiet teil. Das Fest wird eingeleitet durch einen Sommers am Sonnabend abend im „Unter“-Saale und beschlossen mit einem Festsball am Sonntag auf beiden Sälen des Ortes. Die gesamte Bevölkerung ist zu den Veranstaltungen des Festes herzlich eingeladen.

* Großba. In der Straubenmühle der Firma G. H. Bieger war heute früh wahrscheinlich durch Funkenbildung ein Brand entstanden, der sich durch den Schneidengang nach dem Elevator fortgepflanzt hatte und bei der Art des Betriebes leicht größeren Umfang hätte annehmen können.

Von Brand, dessen Bekämpfung durch starke Verqualmung der Räume sehr erschwert wurde, ist nach angestrengter Tätigkeit durch die Freiw. Feuerwehr Gröba und die Fabrikfeuerwehr der Firma Heine u. Co. gelöscht worden. Der entstandene Schaden blieb ziemlich beträchtlich sein.

Wer k w i l . Der Gutsbesitzer Kosten wurde von einem jungen Pferde mit dem Hufe gegen die Brust geschlagen; so daß ein Rippenbruch erfolgte. Die Verlebung war so schwer, daß nach heimem, tagelangem Mingen der Tod eintrat. Das Stichholz hat dem Heimgegangenen in den letzten Jahren eng mitgespielt. Gest im vergangenen Jahre ist ihm der älteste Sohn durch ein Leiden, das er sich im Kriege zu gezogen hatte, verstorben.

Dresden. Im Anschluß an den Schulstreit in der katholischen Schule in Blauen i. V. ist es nun auch zwischen den Dresdner Katholiken und dem sächsischen Kultusministerium zu erheblichen Differenzen gekommen. Die Elternversammlung der 8 Dresdner katholischen Volkschulen nahm folgende einstimmige Entschließung an: Die im Saale des katholischen Gesellenhauses versammelten katholischen Eltern Dresdens sprechen den katholischen Eltern in Blauen i. V. ihre reagte Anteilnahme und voll Zustimmung zu ihren Bemühungen um den Fortbestand ihrer beiden katholischen Volkschulen aus. Sie erklären die Forderung des sächsischen Kultusministeriums, mittler im Schuljahr katholische Schulklassen ohne Not aufzulösen für gewalttätig und im offenen Widerpruch stehend mit der Aufklärung desselben Kultusministeriums vom 3. März 1920: daß am Schüler- und Lehrerbestande der katholischen Volkschulen bis zum Erscheinen des Reichsschulgesetzes nichts geändert werden solle". Sie erblicken in der Auflösungsforderung eine schwere Schädigung der freiheitlichen Rechte der Blauener katholischen Eltern und fordern die sofortige Rücknahme dieser Verordnung und die ungeschmälerte Wiederherstellung sämtlicher katholischer Klassen auch der des ersten und zweiten Schuljahrs.

aus der des ersten und zweiten Schwangerschafts. In Dresden. Zu dem bereits gemeldeten angeblichen Raubüberfälle in der Dippoldiswaldaer Heide ist der Verletzte als der blieb an der Frauenkirche 3, 8. zur Untermietwohnstätte 25 Jahre alte Mechaniker Bartholomäus Böß festgestellt worden. Er ist bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus seinen schweren Verlebungen erlegen. Als Täter ist der hier wohnende 20 Jahre alte Schlosser Kurt Erdmann Geißler aus Lipskens ermittelt und von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Geißler gibt an, er sei mit Böß seit längerer Zeit häufig bekannt und von diesem aufgefordert worden, Tannenbäume zu schneiden. Zu diesen Zwecken hätten sie sich Sonntag gegen 11 Uhr mittags verabredet, kommt aus Sachsenhausen, und führten

abredungsgemäß am Hauptbahnhofe getroffen und seien unter Mitnahme eines Beiles, einer Säge und eines scheinlich schweren Paketes 1 Uhr 40 Min. nachmittags nach Seifersdorf gefahren. B. sei in Begleitung eines Unbekannten nach dem Bahnhofe gekommen und habe von diesem die Säge und das Paket in Empfang genommen. Im Wald habe sich B. geweigert, die versprochene Vergütung an ihn zu zahlen, worüber ein Wortwechsel und schließlich eine Walgerei entstanden sei, in deren Verlaufe er dem B. das schwere Paket an den Kopf geworfen und sich sodann entfernt habe. Das Paket habe er mitgenommen und in einem Teich geworfen. Ob diese wenia glaubhafte Schilderung zutrifft, bedarf noch der Feststellung. Geraubt ist anscheinend nichts, denn der Verlegte hatte noch einen Geldbetrag von etwa 2000 M. bei sich. Es ist von Wichtigkeit, zu wissen, was in dem Paket enthalten war. Der Unbekannte, der B. nach dem Hauptbahnhofe begleitete, wird aufgefordert sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

Rabenau. Vom Treibriemen erfaßt wurde in der Holzschnederei der Rabenauer Mühle beim Ausslegen von Treibriemen der 20 Jahre alte Sohn des Milchhändlers Mügel aus Lübau. Er wurde mehrere Male herumgeschleudert und am Kopfe schwer verletzt. In sehr bedenklichem Zustande wurde er dem Krankenhaus Döben zugeführt.

Freiberg. Der Stadtrat beschloß mit Rücksicht auf die schlechte Rentabilität der elektrischen Straßenbahn die schon seit Beginn des laufenden Jahres ruht, den Betrieb nicht wieder aufzunehmen. Die Straßenbahnwagen und das Material soll zum Verkauf gestellt werden. Die Luftreinhalterhaltung des Straßenbahnbetriebes hat in der Sitzung des Stadtrates am 20. Mai 1908 abgelehnt.

lebten Zeit der Stadt jährlich 50 000 Mark und mehr Bu-
schuhs gefosset.
W e e r a n e . Der Meeraner Club in Philadelphia ha-
wiederum der bissigen armen Bevölkerung den Betrag von
18 240 Mark überwiesen, der in Beträgen von 50 bis 100
Mark an 350 bedürftige Meeraner Familien durch die
städtische Hilfsstelle verteilt wurde.
W u r z e n . Auf dem Flußplatz entstand am Freitag
vormittag eine Explosion. In einem Schuppen, in dem
zwei Arbeiter beschäftigt waren, explodierte die dort unter-
gebrachte Leuchtmunition, die im Pappkisten aufbewahrt
wurde. Es entstand ein Brand, der von der herbeigeeilten
Feuerwehr gelöscht wurde. Wie die Explosion entstanden
ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Die zwei Arbeiter
wurden schwer verlegt ins Krankenhaus eingeliefert.
Leipzig. Direktor Stosch-Sarrasani beabsichtigt, an
dem Weißplatz ein Kirchengebäude zu errichten. Der Sta-
at hat bereits einen Bauvertragentwurf für das erforderliche
Gelände von 14 000 Quadratmetern angenommen.

Zahreshauptversammlung der Lehrerschaft des Schulaufsichtsbezirks

Am Montag fand vormittag 11 Uhr unter dem Vor-
sitz des Bezirkschulrates, Herrn Schulek Dr. Barthel,
und unter Anteilnahme des Amtshauptmanns, Herrn Ge-
heimrat Dr. Uhlemann, im Gesellschaftshaus in Großenhain
die Hauptversammlung der Lehrerchaft unseres Bezirks-
statt. Einem Allgemeingefang folgten Mitteilungen des
Vorsitzenden aus den Jahresberichten über die neu gebilde-
ten Schulvorstände, über die immer noch den Unterrichts-
betrieb ungünstig beeinflussenden, durch die jahrelangen
Störungen des Weltkrieges entstandenen Lücken auf so
allen Gebieten, über die infolge der veränderten wirtschaft-
lichen und politischen Verhältnisse auch in den Schulen viel-
fach vorhandene nervöse Unruhe, über den periodischen
Wechsel in den Lehrämtern, vor allem aber über die aus
unterrichtlichen, erziehlichen und hygienischen Gründen aus-
für die Volksschule vorgeschlagene Einführung unterrichts-
freier Wanbertage für alle Altersstufen. — Den Haupt-
gegenstand der Tagesordnung bildete der Vortrag des
Herrn Lebret Haubold. Gröba über „Erziehung und
Wirtschaftsleben“. Die infolge des verlorenen Krieges
des Versailler Vertrages und des Abkommens von Spa-
jeßt mehr als früher in die Erziehung tretende Wechsel-
wirkung von Erziehung und Wirtschaftsleben in der Ein-
leitung erwähnt und von § 188 der Reichsverfassung
ausgehend, schilderte der Vortragende die stiftliche Pflicht
jedes einzelnen Staatsbürgers, seine geistigen und körper-
lichen Kräfte allezeit so zu betätigen, wie es das Wohl der
Gesamtheit erfordert, und die sich daraus für die Schul-
ergebende Notwendigkeit, alle ihre Maßnahmen auf diesen
Lebensberuf ihrer Schüler einzustellen. Mit der Durchführung
dieses Gedankens tritt nichts Neues auf den Plan, — dasselbe
wollten schon die deutschen Hes- und Sacrebeschulen des
mittelalterlichen Hansaftädte, — doch steht die deutsche
Schule gegenwärtig im Begriff, — im Vergleich z. B. mit
der weit nachblühenden englischen Volksschule, — durch Er-
höhung einer tieferen Allgemeinbildung die wirtschaftliche
Leistungsfähigkeit des Einzelwesens auf eine höhere Stufe
zu heben. In gleicher Weise, wie der Bauernwirt durch

technische Entwicklung des leichten Handwerks und durch Einführung der Maschine aus der Handwerklichkeit in die Volks- und Geldwirtschaft hineingewachsen ist, wie das Gewerbe die Umwandlung der Manufaktur in die Fabrikarbeit, die Steigerung des Handwerks zur Industrie erfahren hat, und wie es heutzutage nicht mehr genügt, daß ein Lehrling sich die Handgriffe und Fertigkeiten seines Meisters angelernt, sondern daß er die theoretische Grundlage seiner Arbeit kennen und sich selbst verantwortlich für das Fertigen der Arbeit verantwortlich fühlen lernt, so steht sich die Schule immer mehr veranlaßt, der Ausbildung des Menschen nach der intellektuellen Seite hin, die bisher ihre Hauptaufgabe war, eine gleichzeitige höhere Ausbildung der Hand und des Auges an die Seite zu stellen, oder wie es schon oft formuliert worden ist, aus der bloßen Berufsschule sich zur Arbeitschule umzuwälzen, in der die Arbeit am Stoffe mehr gilt als der Stoff selbst. In ihr soll das Kind beobachten und aus seinen Beobachtungen Schlüsse ziehen lernen, die gemeinsame Arbeit in der Klasse soll vorbereiten auf die Arbeit in der Gesellschaft. Es soll von Anfang an darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur für sich selbst, sondern für die Gesamtheit zu leben hat. Der Arbeitsstoff der Arbeitsschule hat darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Kulturarbeit des Menschen sie wohl über die ganze Erde erstreckt, daß aber die heimatliche Welt der natürliche Mittelpunkt ist und bleibt. Ein Blick hierauf haben Dorf und Kleinstadt den unzählbaren Vorgang, daß in ihnen die Kinder die Arbeit der Erwachsenen sehen und nach ihren Kräften daran teilnehmen können. Dagegen ist es wieder für die Großstädte leichter, die Stellung einer Einzelindustrie zur Lebensnotwendigkeit des Gesamtvolkes zu beurteilen. Für alle aber gilt es das Wort zu bestreiten: Die Zukunft soll zeigen, ob wir die Gegenwart verstanden haben. — Den Abschlußmeisterlichen Verhandlungen über verschiedene Angelegenheiten der Begründungskasse folgten herzliche Abschiedsworte des Herrn Bezirksschulrates Dr. Barthel, der nach zehnjähriger Wirksamkeit im Großenhainer Bezirk, während welcher ganzen Zeit er hier im idyllischen Einvernehmen mit seiner Lehrerschaft gestanden hat, in den Nachbarbezirk Melken übersiedelt. Herr Oberlehrer Venh. Großenhain sprach im Auftrage des Bezirksschulrates dem scheidenden Vorgesetzten den Dank der gesamten Lehrerschaft für die geleistete treue Lehrarbeit namentlich in den schweren Tagen der langen Friedenszeit und der sich daran anschließenden Revolution aus und widmete ihm und seiner Familie zugleich die besten Wünsche für die Zukunft. Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung mit einem gemeinsamen Gesange geschlossen.

Tagesgeschichte

Deutsches Stein

Neuer Protest wegen der Durchfahrtverbüdierung durch den Nieler Kanal. Der „Tempo“ meldet, daß der französische Botschafter im Auswärtigen Amt in Berlin neuen Protest erheben habe gegen die gewaltsame Verhinderung der Durchfahrt von Munitionsschiffen im Nieler Kanal. Die Pariser Botschafterkonferenz wird sich mit der Stellung von Schadenerhahnsprüchen zu befassen haben. In einem Artikel über „Streit um den Nieler Kanal“ erörtert die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die Streitfrage. Die Frage sei die, ob die deutschen Neutralitätsvorrechten auch auf den Nieler Kanal Anwendung führen, oder ob das durch den Friedensvertrag für den Kanal geschaffene Regime eine solche Anwendung ausschließe. In Hand der Bestimmungen des Friedensvertrages über den Nieler Kanal heißt das Blatt jetzt, daß die deutsche Staatsherrschaft über den Kanal grundsätzlich unberührt geblieben sei. Die den Kanal benutzenden Schiffe dürften auf die Beobachtung der deutschen Aus- und Einfuhrverbote hin kontrolliert werden. Das heiße, ein französischer oder sonstiger fremder Dampfer, der eine gegen die deutschen Neutralitätsverordnungen oder deutsche andere Ausfuhrvorrechten verstörende Ladung in einem deutschen Hafen an Bord genommen habe, könnte zweifellos an der Durchfahrt verhindert werden. Damit erweise sich die von der französischen Regierung behauptete Bedingungslosigkeit der Durchfahrtsfreiheit schon nach dem Wortlaut des Friedensvertrages selbst in einem sehr wesentlichen Punkte als unhaltbar. Daraus, daß in den Artikeln 381 Abs. 2 und 387 Abs. 4 nur von Ein- und Ausfuhrverboten, nicht von Durchfahrtverboten die Rede sei, werde niemand, auch nicht die französische Regierung, den Schluss ziehen wollen, daß deutsche Flüsse von den Alliierten zu neutralitätswidrigen Transporten benutzt werden dürften.

Französische Urteile in Memel. Vor längerer Zeit wurde auf dem Vorwerk Heinrichthal des dem früheren Tilsiter Landrat und späteren Mitglied des Memeler Landesdirektoriums von Schleunther gehörenden Gutes Abl-Baubeln ein von deutschen Truppen im Herbst 1919 zurückgelassenes Flugzeug vorgefunden. Die Angelegenheit beschäftigte vorgestern das französische Kriegsgericht in Memel. Es hatten sich zu verantworten Geheimrat von Schleunther, sein Oberinspektor Uschmoneit und der Stämmere des Vorwerks Heinrichthal Pechkewitz. Das Urteil lautete gegen Pechkewitz auf einen Monat Gefängnis und Strafauftrieb; gegen Uschmoneit einen Monat Gefängnis, 100 Franken Geldstrafe; gegen Geheimrat von Schleunther als Besitzer des Gutes auf zwei Monate Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe. Schleunther wurde in Haft behalten.

Die Weblise für Gewerbslose in Preußen. Der preußische Wohlfahrtsminister hat als Stichtag für die Gewährung der einmaligen Weblise an langfristige Erwerbslose den 1. September d. J. festgesetzt. Regelmäßig dürfen also nur diejenigen Erwerbslosen aus der einmaligen Weblise von den Gemeinden Zuwendungen erhalten, welche am diesem Stichtage bereits acht Wochen Erwerbslosenunterstützung erhalten haben.

Zusammentreff des Reichsforstwirtschaftsrates. Der Reichsforstwirtschaftsrat trat gestern in München zu seiner ersten Vollversammlung zusammen. Die Regierung war durch Vertreter des Reichsnährungsministeriums und die bayerische Regierung durch den Landwirtschafts- und Finanzminister vertreten. Es wurde beschlossen, daß noch Möglichkeit eine eigene Verwaltung der Forstwirtschaft anzustreben sei und daß die Forstwirtschaft statt bisher mit 6, in Zukunft mit 12 Stimmen im Reichswirtschaftsrat vertreten sein soll.

Der Mittellandkanal. Der Mittellandkanalausbau der preußischen Landesversammlung nahm bei der 2. Abstimmung die Mittellinie mit 19 gegen 4 Stimmen wie bei der 1. Abstimmung an. Annahme fand ferner auch ein Antrag, die Regierung solle Mittel zur Verfügung stellen für einen Ausdehnungsbau des Saale bei Bernburg oder für eine andere wirtschaftliche und hinfällige des Kostenaufwandes gleichwertige Verbindung des Mittellandkanals mit dem Wirtschaftsgebiete des oberen Saale unter Benutzung der Elbe und Saale.

England.
Shaw als Propagandist im Bergarbeiterstreit.
Aus London wird berichtet: Die Gewerkschaften der Bergarbeiter haben den bekannten Schriftsteller Bertrand Shaw beauftragt, während des zu erwartenden Streiks die

Großzumba für ihre Sache zu leisten. Wann war bereits während des Eisenbahnerstreiks im letzten Jahre in gleicher Weise tätig.

Die Mietsteuer-Gefahr.

Zur Zeit wird und geschrieben: Der genf. dt. Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsrates hat die Mietsteuererlaubnis der Reichsregierung für vierhand einstimmig angenommen. Was heißt es, daß die Entscheidung über die Mietsteuer bis zur Schaffung eines die Wohnungsteige und die Mietseinführung regelnden Reichsmietgesetzes vertagt werden soll. Aber noch nach dem in ähnlichen Fällen gemachten Erfahrungen ist zu befürchten, daß hiermit nur eine vorläufige Verhinderung der Daseinsfähigkeit bestimmt ist, daß die parlamentarischen Körperschaften dann plötzlich unter dem Vorgeden größter Dringlichkeit mit der Vorlage übereinkommen werden sollen. Man hoffte auf diese Weise vielleicht eine eingehende Prüfung der Regierungsvorlage in der Öffentlichkeit verhindern wollen, um darin vor einer vollendeten Taktik zu stellen. Angesichts der ungeheuren Bedeutung der geplanten Mietsteuer für die Volkswoirtschaft müßte aber gegen ein solches Verschaffen von vornherein aus entschiedene Einwände erhoben werden. Da eine Belastung aller Mieter und Eigentümer bis zu fünfzig Prozent der gegenwärtigen Miete, beziehungsweise des Nutzungswertes beabsichtigt ist, so erscheint es selbstverständlich, daß vor einem solchen schwerwiegenden Schritt das für und wider aus eingehendst erworben wird.

Die Feststellung der geplanten Mietsteuer würde, soviel die Mieter in Frage kommen, zwar den Vorzug einer außerordentlichen Einfachheit haben, denn man will sie einfach entsprechend der Höhe der gesuchten Miete erheben. Über die Lebenshaltung aller Mieter würde dadurch zweifellos in einer Weise belastet werden, die eine neue Erhöhung aller Löhne und Gehälter auf selbstverständlichen Fortschreiten machen müßte. Eine neue unerhebliche Geldentwertung würde die Folge einer solchen Maßnahme sein. Für die Eigentümer von selbstbemuteten Wohnungen würde sich aber auch die Steuerbelastung verhältnismäßig schwierig gestalten. Es sollen auch Inhaber von Läden, Fabrik- und Ateliers, Städten, Scheunen usw. in entsprechender Höhe besteuert werden. Dies müßte in schwerwiegenden Berechnungen erst der Nutzungswert der Räume festgestellt werden. Und das Ergebnis würde in zahlreichen Fällen fernabweg der steuerlichen Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit entsprechen. Wer billige Räume in Städten hat, würde niedriger besteuert werden, als derjenige, der aus Not gezwungen war, zu teure Räume zu bemühen.

Auf der anderen Seite spricht freilich für die Mietsteuer die Notwendigkeit, neue Wohnungen zu schaffen und damit zugleich die Arbeitslosigkeit zu verhindern. Ob das aber auf dem Wege der Bewilligung der Einnahmen aus der Mietsteuer zu meistern Baufondsverteilungsschlüssen möglich sein wird, muß auf Grund der bisherigen Erfahrungen durchaus zweifelhaft werden. Das Reich hat bereits im Haushaltspol. für 1920/21 von neuem 650 Millionen für solche Zuschüsse bereit gestellt, obgleich anerkannt worden ist, daß durch die bisherigen Milliardenzuschüsse für diesen Zweck eine Verbesserung der Wohnungsnutz nicht bemeßbar geworden ist. Es erfordert daher notwendig, daß anstelle der Baufondsgewährung die Befreiung der Wohnungsnutz auf dem Wege von Wohnungsbauten des Reiches und der Gemeinden, die als Rüstungsarbeiten zu unternehmen wären, in größerem Maßstab als bisher verucht wird. Die Kosten könnten dann einfach zum großen Teil durch Verwendung der Ressourcen der Erwerbslosenfürsorge vielleicht nutzlos verpulvert. Militärs zu produktiven Zwecken des Wohnungsbaus aufgebracht werden. Soweit das nicht genügt, wäre höchstens eine Mietsteuer als gerechtfertigt anzusehen, die die Benutzung von mehr Wohnungsraumen, als unbedingt notwendig ist, mit einer besonderen Steuer belegt. Die Bemessung der Mietsteuer nach der Höhe der gegenwärtig gesuchten Miete muß in jedem Falle als ungerecht abgelehnt werden. Über auch ihre Bemessung nach dem bewohnten Raummaß, getestet durch die Doppelmöglichkeit der Bewohner, hat große Bedeutung vom sozialhygienischen Standpunkt aus, wenn die Verteilung auch den unentbehrlichen Wohnraum trifft. Vor allem aber spricht gegen eine allgemeine Mietsteuer in der heutigen Zeit die oben erwähnte schwere Gefahr einer weiteren drohenden Geldentwertung. Die Mietsteuer kann in der beabsichtigten Gestaltung leicht zu einer unerwarteten sozialhygienischen Katastrophe führen. Man muß den Nutz und die Geschwindigkeit, mit der der Ausbau des Reichswirtschaftsrates bei Urtat in dieser Frage gefaßt hat, bewundern, gleichwohl aber verlangen, daß keine Entscheidung erfolgt, ehe die möglichen Folgen einer solchen neuen Mietsteuer in aller Öffentlichkeit von Sachkennern aller Gebiete eingehend erörtert worden sind.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 15. September 1920.

Meldungen der Berlinoer Morgenblätter.

» Berlin. Die Nachricht, daß ein Transport der von Amerikanern gehüteten Milchkühe bereits nach Deutschland unterwegs sei, ist nicht aufzustellen. Der erste Transport wird voraussichtlich erst Anfang Oktober abgehen können.

Um Weg und Ziel.

* Original-Roman von Margarete Wolf-Meyer.

69. Fortsetzung.

Vorher hatte nur die Schreibklampe den Raum mit gedämpftem Licht erhellt, jetzt aber knipste Inge auch das Licht in der von den Decken herabhängenden Ampel auf. Nun war es ganz hell. So konnte man einander gut erkennen.

Sie lebte sich wieder in den heimlichen, tießen Seiten und wartete. Ihr Herz arbeitete immer heftiger. Es dauerte lange, bis er kam, und sie war fast einer Ohnmacht nahe, als er dann vom Wohnzimmer her die Tür öffnete.

Er blieb, als wäre er fremd hier, in der Nähe der Tür stehen. Inge zog sie leise.

Sie erhob sich und trat ihm ein wenig näher. Bis an den kleinen Sofasitz. Da blieb sie stehen, denn ihr zitterten die Knie wieder. Mit diesem Stemschäften versuchte sie das Herzschlag zu stillen. Es gelang auch. Und das bleiche Antlitz, das sie ihm entwöhnen, war vollständig ruhig, ebenso ihre Stimme. „Du hast mir etwas zu sagen, Scherzer?“

„Ja.“ Das klang schwer erkämpft.

Er fuhr mit der Hand über die tief gerückte, gefaltete Hände, sah näher, ganz nah an den Tisch heran, an dem sie stand, vergewisserte sich noch einmal mit einem prüfenden, ernsten Blick, daß sie etwas wußte, und sagte nun: „Du erzählst... Du ahnst, daß ich etwas zwischen uns gekettet habe.“

„Weißt du“, Sie fühlte ihre Kraft nun doch schwanden und lebte sich am Tische nieder, flüsternd leidend: „Ich bin tot und wollte Frau Kleinmüller nicht glauben. Du selbst aber gäbtest mir vorhin die Bestätigung... Sag mir alles.“

Inge... Ich... Ich habe mich gewehrt und gesträubt.

„Ich habe mit mir gekämpft... Aber die Beflenkschaft hat mich gepackt und nicht losgelassen... Solange ich dagegen kämpfte und dlossen durfte, bis meine Freude wahren zu können, schwieg ich. Heut kann ich nicht mehr schwigen...“

„Du fuhrst mit dem Tschentische über die Sterne... Nun leide ich in die Seele des kleinen Sofas. Ich habe gearbeitet...“

Wie Getriebe des Urins, die Kanister, Öldegarde Blaumann, auf deren Beinans Brini am Dienstag verhaftet worden ist, hat erneut im Hofstaatsamt verhaftet worden. Sie sollte heute gegenübergetreten werden.

In vielen Sälen der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete haben Konferenzen und Mitgliederversammlungen der U. S. S. R. für den Aufschluß am Dienstag gekimmt.

Vor dem Münchener Volksgericht wurde gestern wiederum ein Hochverratsprozeß verhandelt. Angeklagt war der 18-jährige Kommunist Peterdein, bei dem vor kurzem eine Liste mit Namen von Mitgliedern der Sicherheitswehr, der Einwohnerwehr und der Reichswehr, von denen einzelne durch ein Kreuz gekennzeichnet waren, um bei einem neuen Untergang verhaftet zu werden, gefunden worden war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten über den Antrag des Staatsanwalts hinzu zu 1½ Jahren Justizhau.

Politische Aufkämpe finden in Westfalen Kriegsverbrechen für Polen aufzutauen.

Gelaudter Schmied zum Hofschafter ernannt.

» Berlin. Der deutsche Geschäftsträger in London, Gelaudter Schmied, ist zum außerordentlichen und beauftragten Hofschafter ernannt worden. Er wird sein Beauftragungsschreiben dem König von England vorstellen, er soll nach dessen Rückkehr nach London überreichen können.

Verbotene Versammlung in München.

» München. Der Staatskommissar verbot aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angelegte öffentliche Versammlung des republikanischen Führerbundes.

Luftverkehr Schweiz—Deutschland.

» Bern. (Schweiz, Dep. Ag.) Der Bundespräsident Motz und der deutsche Gelaudter Müller haben heute ein vorläufiges Übereinkommen, betreffend den Luftverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland, unterschrieben, das sofort in Kraft tritt. Es entspricht im wesentlichen den bereits mit Frankreich und England abgeschlossenen Übereinkommen.

Reisekarte deutscher Kinder.

» Stockholm. Etwa 1500 deutsche, österreichische und ungarische Kinder, die in Stockholm und Umgebung sowie auf der Insel Gotland Aufnahme gefunden hatten, haben gestern Stockholm in einem Sonderzug verlassen. Volksabstimmung in Österreich über den Anschluß an Deutschland.

» Wien. Die Reichsparteileitung der großdeutschen Volkspartei hat an familiäre Abgeordnete der Nationalversammlung ohne Unterschied der Partei ein Schreiben gerichtet, in dem sie erlaubt werden, daß für die Abstimmung bereit mit Frankreich und England abgeschlossene Übereinkommen.

Frankreich vor einer neuen Präsidentenwahl.

» Paris. Wie der „Matin“ in Überdruck mitteilt, daß sich der Gewindetausland des Präsidenten der Republik Frankreich am letzten Freitag merklich verschämt. In Abgeordnetenkreisen wird man von der Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Rücktritts. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Mirles-Saints begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie das „Journal“ dazu mittelt, redet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments an einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der nur der Rücktritt Deschamps und das Entfernen über die Einberufung der Nationalversammlung verfolgt werden soll, wonach eine Abstimmung innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten die Nationalversammlung zusammenzutreten muss.

Die russisch-finländischen Verhandlungen.

» Paris. Wie ein Moskauer Funkjournal meldet, hat Kerzen, der russische Friedensdelegat in Finnland, der finnischen Regierung folgende Hauptfeldbedingungen mitgeteilt: Sowjet-Rußland tritt Finnland den Teil des Gebiets von Petschenga ab, der Beitritt zum Aktiven Frieden gibt. Finnland erhält ein ausgedehntes Gebiet und freie Verbindung mit Norwegen. Seinerseits tritt Finnland Gebiete von Ostkarelien an Rußland ab.

Die polnisch-litauischen Differenzen.

» Rom. Auf die letzte Note Savicatos antwortete der litauische Minister des Innern unter nochmaligem Hinweis darauf, daß Litauen seine Neutralitätspflicht nicht verletzt habe. Litauen sei bereit, die Streitfragen auf friedlichen Wege auf Grundlage des in der Note Savicatos vom 9. September enthaltenen Vorschlaages zu erledigen. Die Delegierten würden am 14. September in Ralmariai eintreffen. Von litauischer Seite würden die Feindigkeiten am 13. September eingestellt werden.

» Kopenhagen. Nach einer Meldung aus Romano ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen in Kraft getreten.

Nicht erfüllte Kohlenlieferungen?

» Bonn. Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenlieferung an die Entente um fast 20 Prozent hinter den Später Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Entente-Kommission in Berlin hat, wie die „Hermer Zeitung“ meldet, an den Alliierten Mittelungen über die kom-

und das helle Licht, das jetzt auf seine Blüte stell, zeigte, wie entfaltet sie durch den schweren heimlichen Kampf waren. Nach einer Pause fuhr er mir verzweifelt aus tiefster Tiefe ausdrückendes Zimmer fort: „Ich gehe endlich als der nächste, ruhige, klare, selbstsichere Mensch, ihr wisst ja nicht, wie verzerrt ich bin. Wie ein Doppelgänger bin ich mir manchmal vorgekommen... Das, was jetzt trennend zwischen und getreten ist, das war schon immer da. Inge“... Er erhob sich, trat an das Fenster, kam dann wieder zurück und erzählte nun mit leiser Stimme eine Geschichte auf dem Wasser kurz vor seiner Verlobung. Und das, was er vor Irmingards Ohren heute unterdrückt hatte, hier sagte er es: „Trotzdem begehrte ich deine Hand, Inge... Es war keine Verleidigung... Das lag in dir das Ideal der Weiblichkeit, das zu glauben ich in langen Jahren fast verlernt hatte. Ich liebte dich mit weiblich erstaunlich, schwärmerischen Jugendidealismus. Aber das andere... Du weißt, ich sah Irmingards Orlmann hier bei uns wieder... Es war dein Wunsch, ich wollte dem nicht entgegentreten... Ich wußte mich darf genug, heimlich alles durchzukämpfen... Aber ich bin unterlegen“...

Er schwieg nun schon lange. Inge hatte das Gesicht in den Händen geborgen. Der Mann hatte ihr keinen Vorwurf gemacht, aber sie fühlte unzählige in sich aufsteigende... Sie hatte mit Sorge, wenn er in seinem heimlichen Kampf unterlegen war. Und dafür mußte sie jetzt mit hohem Preis bezahlen.

Eben forderte er ihn mit leiser Stimme: „Nun habe ich nur noch die eine Bitte an dich, Inge, willst du in ein Auto einsteigen?“

Sie zuckte zusammen, ließ die Hände sinken und wollte aufführen. „Wir sind jetzt leider weiter.“ „Ich habe eine Absprache mit Irmingard Orlmann gehabt... Ich konnte nicht anders zur Ruhe kommen... Verzeih mir!“

Und da sie noch immer nicht entworfene, sondern ihn nur mit harren Augen anfaßte, wiederholte er seine Bitte. „Für dieses Leben, was würde mir wohl anders, geben ich dich frei“, lagte sie endlich leise und schwer. Dann stand sie auf und ging mit erhobenem Kopfe an ihm vorüber... Sie schaute sich an...

transförmliche Wirkung im Rautenkreis gegen die Ausbildung des Abolitionismus von Eva gemacht. Sie beharrte dabei besonders, daß die deutsche Regierung keine Maßnahmen gegen diese Agitation ergreifen habe und daß diese Haltung die Erfüllung des Abolitionismus ernstlich gefährdet.

Die Gestaltvenerin sucht

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

An erft. im Tagebl. Miesa.

2 gemütliche

möblierte Zimmer.

Offerten unter J. L. 6784

an das Tageblatt Miesa.

Möbli. Zimmer zu verm.

Feldgrau Hosen

feldgrau Hosen
feldgrau Mantel
feldgrau kompl. Anzüge
feldgrau Winter-Mütze
Eleg. Gehrock-Anzüge
eleg. Jackettanzüge
fleg. Hosen - Arbeitshosen
Schaftstiefel
Schnürsackhose
verkauf preiswert

Schererz, Meißen

Neumarkt 28, 1. Stein Laden.

Was ist billiger geworden?

Fahrradgummi?

Orig.- Prima- Decken

statt 120,- nur 110,-

Neutral-Decken

nur 85,-

Gebirgs-Decken

statt 135,- nur 120,-

Sehlüche

statt 32.50 nur 30,-

alles in nur erstaunlichem

Fabrikaten vorrätig. Ver-

bandskreis Decken Mf. 70,-

85,- 100,- Gebirgsdecken,

extra stark. Mf. 115,-

Schlüche Mf. 25,- 28,-

Stiefel-Auswahl. Billige Be-

zugssquelle f. Wiederverkäufer.

Papierdruck stets lohnend.

Otto Mühlbach,

Gummi-Spezial-Victor,

Mühlberg (Elbe). Telef. 74.

Ziehung 25.-30. Okt. 1920

Geld-Lotterie

für die

Grenzpende

1. Kreisgerichtsamt Dresden.

Hauptvertrieb:

Invalidenbank für Sachsen

Dresden, König-Joh.-Str. 8.

Höchstgewinn 1. gestiftet. Fall

75 000

Preimie 50 000

Gewinne 25 000

15 000 usw.

Lose ab 3 M. (Postkarte u. Liste

1 M.) bei den Staatslotterie-

Einheiten und den

durch Plakate kenntlichen

Geschäften zu haben.

Nathöfliches-Pulver,
Stoffwechslernd. Blut-
reinigungsmittei h. Wagen-
und Verdaulichkeitswerden,
Flecken- und Hautauschlä-
gen aller Art. Hautjucken,
Hämorrhoiden, Abneuritis-
mus, Gicht. Schachtel M. 5,-
Fabrikant und Vertrieb
Apotheker Dräsel, Erfurt.
Sie haben in Gröba a. E.
in der Apotheke-Apotheke.

Ab 15.

September

Wünschen Sie mit dem Bezug
des Niederauer Tageblattes ein-
legen. Beftellungen nehmen
alle Zeitungsträger und zur
Vermittelung an diese die
Geschäftsführer Goethestraße 59
(Gernsprecher 20) entgegen.
Der halbe Monat kostet
2 Mark ohne Zustellgebühr.
1 Kleiderschrank, 1 Spiegel
zu verkaufen
Gröba, Strehlaer Str. 47, 1. r.
Einf. Bettgestell mit See-
gras-Matratze zu verkaufen.
Zu erst. im Tageblatt Riesa.
Gast neues vollständiges

Bett
zu verkaufen Kaiser-Franz-
Joseph-Straße 30, p. L.

Unterh. Kinderwagen
zu kaufen gefücht.
Plaud., Weinhauer Str. 30.

Herrenrad, guterhalt., mit
neuer Gummi-Bereifung, zu
verkaufen. Preis 450 Mf.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Gebr. Handwagen

(Gentner Tragkraft) zu ver-
kaufen Schützenstr. 20, 1. I.

kleiner gebrauchter ob. neuer
Kochherd zu kaufen

Gef. eingeb. mit Preisangabe
an Leutn. v. Scheel, 2. S. V.
Tr. Liebigstr. Geithain.

4 neue Zeitplatten
zu kaufen gefücht
Bildmärkte. 10. p.

Ein neuer Jackettanzug
zu verkaufen. 450 Mf.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Geschäfts-Uebergabe.

Meine verehrten Kunden hierdurch zur gesl. Kenntnis,
dah ich mein

Friseur-Geschäft

an Herrn Erich Halboth übergeben habe. Ich danke bestens
für das mir entgegengebrachte Wohlwollen und Vertrauen
und bitte, dies auch auf meinen Nachfolger übertragen und
ihn gütig unterstehen zu wollen.

Hochachtungsvoll Bruno Golditz.

Auf Obiges höft. bezeugnehmend, versichere ich ergebenst,
dah es mein eifrigstes Bestreben sein wird, meine werte
Kundenstube jederzeit sauber und zufriedenstellend zu bedienen.
Ich bitte höft. auch mir geneigtes Wohlwollen und Ver-
trauen zu schenken und mich in meinem Unternehmen gütig
unterstehen zu wollen. Um voraus hierfür bestens dankend
hochachtungsvoll

Erich Halboth, Friseur, Hauptstr. 9.
Riesa, den 15. 9. 20.

Eichelkakao ist gut

gegen Verdauungsstörungen bei Kindern und
Erwachsenen. Treib's Eichelkakao mit Malzgehalt
ist besonders gut, weil er nährt. Fragen Sie
nur Ihren Arzt. 100 gr 4.95 M. in allen
apotheaken und in vielen Drogerien. Hersteller:
G. Rückesel & Söhne, Kulmbach.

Sonder-Angebot!

ZIGARETTEN

von 190 Mark an per 1000 aufwärts

M. Glaser, Leipzig 47

Katharinenstraße 17. Tel. 3918.

Gegen Rückgabe dieses Zeitungsausschnittes
gebe bei jedem 1000 Zigaretten

Ein Paket Streichhölzer gratis!

Wir laufen
Stöckerstraße, hinterm Schlachthof
Alteisen und Metalle
in detail, sowie in Ladungen u. übernehmen sämtl. Abbrüche
von Eisenkonstruktionen und maschinellen Auslagen.
W. Siemsen & Co., Fernspr. 454.

Der Einkauf

von Lumpen, Wolle, Papier

Metallen und Flaschen

findet zu den höchsten Tagespreisen statt.

Zahlreiche Konkurrenz am Blaue.

Händler Extraveld.

Abzugeben im Hotel Kronprinz.

GROSSE AUCTION.

Sonntag, den 19. 9. 20, vorm. 10 Uhr beginnen
wie im Schäferischen Restaurant, Görlitz, große Wagen-
räder, Achsen, Drehsäulen, Brücken, Ketten, Bremsen,
Festsindeln und Wagenreifen.

Mühlberger Altmaterialien-Verwerlags-Ges. m. b. H.

Ata

reinigt und scheuert alle Geräte aus Porzellan,
Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuerpulver

für Haushalt, Gewerbe und Industrie.

Vorzüglicher Herdputz.

Ueberall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf

Fabrikanten von SII und Henkel's
Bleich-Soda.

In einer Stunde vertilgen
S. unter Garantie Kopf, Filz-
f. Brut (Riss), Blöße bei Mensch u. Tier, "Stampfde-
pot", gefügt. Mittel. Wund, unschäd. Verkauf in Riesa
nur Seife Alte Böhlig, Hauptstr. 73. Postver.

Umgangsholz, d. verl. 1 Seife,

1 Entl. Anzug (blau),

1 Entl. Mantel,

1 P. Militärbluse, Gr. 28/5.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

3 P. alterer. Herrenanzug,

bluse, Gr. 45-46, je 50 Mf.

zu verl. Goethestr. 67, 1. L.

Mit getragener
Militärmantel

sowie getragene Militärbüste,

Hose und Schnürsackhose bei

auter Bezahlung zu kaufen

gefücht. Off. unt. II L 6788

an das Zahl. Riesa erbeten.

Vereinsnachrichten

Generalverein. Donnerstag, d. 18. 9. abends 8 Uhr
Versammlung im Vereinslokal Wettiner Hof, T.-D.:
Besprechung über das Reichsknotopfer und das Welt-
steuergefecht. Referent Herr Rechtsanwalt Dr. Gräbe,
hier. Steuererklärungen sind mitzubringen. Veröffent-
lches. Hierzu werden die geehrten Mitglieder, sowie
alle Interessenten ergeben eingeladen.

Chorberlin. Donnerstag, den 18. 9. plakatisch 8 Uhr

Probe. Vollständig!

Dramatischer Verein Gröba. Donnerstag, d. 18. 9. abends

7 Uhr Übungssabend, Freitag, d. 17. 9. abends 8 Uhr

Vorstandssitzung, Sonntag, d. 19. 9. nachm. 2 Uhr Verl.

Militärverein Gröba. Donnerstag, den 18. 9. abends

8 Uhr Versammlung im "Unter".

Bezirksoberbürgermeister Pöhlitz, Wergsdorf und Umgegend.

Sonntag, 19. 9. M. grohe Obstschau. Eröffnung vorm.

9 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener

Ortsgruppe Riesa.

Einladung.

Zu der am Sonnabend, 18. September 1920, im Hotel
zum Stern stattfindenden

Begrüßungsfeier

werden alle ehemaligen Kriegsgefangenen nebst Angehörigen

herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Beginn abends 5 Uhr. Theater, Tanz.

Musikverein Edelweiß.

Donnerstag, den 18. 9. Tanzkränzchen im

Gasthof "Stadt Riesa", Poppitz

Güter

und Wirtschaften jeder Größe,

Gasthäuser, Bäckereien, sowie andere

Geschäfts- und Dienstbauten werden

von zahlungsfähig. Käufern gesucht

durch R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft,

• Straße 6, Elsterwerda, Fernspr. Elsterwerda 344.

Herzlichen Dank

allen lieben Freunden und Nachbarn, sowie der

lieben Jugend zu Grünberg, Ragnitz und Bloß-

witz für die uns am Tage unserer Hochzeit dar-

gebrachten Ehrenworte und Geschenke. Auch vielen

Dank dem Arbeitergesangsverein zu Riesa für die

uns dargebrachten Gelände und Geschenke.

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Notizenbuch und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Söhnel, Riesa; für Umschau: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 215.

Mittwoch, 15. September 1920, abends.

73. Jahrg.

Die amtliche Erklärung über Aix-les-Bains.

Paris, 12. September. In der gemeinsamen Erklärung Giolittis und Millerands über die Zusammenkunft von Aix-les-Bains heißt es: Der italienische und der französische Ministerpräsident sind glücklich gewesen, die allgemeine Wiederherstellung der beiden Länder festzustellen. Ihr Hauptzweck, die allgemeine Wiederherstellung des Friedens unter gerechten Bedingungen, durch die Achtung der Unabhängigkeit der Völker, die Wiederherstellung der politischen und moralischen Ordnung, beruht auf den gerechten und aufrechten Durchführungen der großen Verträge, die den Krieg ein Ende gesetzt haben, sowie der Verträge, die noch zu schließen bleiben, um den Frieden Europas endgültig zu sichern. Dieser müsse der Eckstein der neuen internationalen Beziehungen bleiben. Die Sieger müssen dabei einen Geist von wohwollender Mäßigung mitbringen. Die Ausführungen des Friedensvertrages von Versailles ist für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit. Es ist jetzt notwendig, dem Krieg zwischen Rußland und Polen und den Feindseligkeiten zwischen den türkischen Nationalisten und der Regierung in Konstantinopel zu allererst ein Ende zu machen. Die Unabhängigkeit und Freiheit Polens, in seinen ethnographischen Grenzen, reicht gegen jeden Angriff, ist das Ziel der beiden Regierungen. Sie haben festgestellt, dass die italienischen und französischen Interessen in Kleinasien sich in paralleler feindlicher Zusammensetzung der beiden Länder entwickeln müssen unter Vermeidung der Konkurrenz ihrer Staatsoberhäupter. Der allgemeine Friede kann nicht verwirklicht werden, ohne dass die großen europäischen Probleme ihre Lösung gefunden haben. An der Spur stechen da die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Rußland und die Rettung der Adriafrage. Die italienische und die französische Regierung achten die Handlungsfreiheit der Sowjetrepublik und sind sich in dem Wunsche einig, dass sich in Rußland ein Zustand herabstelle, der es diesem großen Lande gestattet, wieder in das friedliche Konzert der Völker einzutreten. Millerand legte großen Wert auf eine nationale Regelung der Adriakrise durch eine gerechte Verständigung, die geeignet sein müsse, die geschmählten Ausvreiche Italiens sowie die Interessen aller daran Beteiligten zu wahren. Frankreich werde ein derartiges Abkommen mit tiefer Sympathie aufnehmen und gebe ihm vorher seine Zustimmung. Die beiden Ministerpräsidenten sind der festen Überzeugung, von der Notwendigkeit der Entente zwischen den armen lateinischen Ländern, die sich auf gegenseitige Achtung vor ihren Auffassungen und auf das gegenseitige Verständnis ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse gründet.

Giolitti hat sich von den innerpolitischen Sorgen und Sorgen, die ihm der Metallarbeiterstreik macht, für eine kurze Frist losgesetzt, um in Aix-les-Bains mit Herrn Millerand, der inzwischen auf konservativen Boden unter militärischem Schutz seine Präsidentschaftskandidatur als Nachfolger des immer noch erkrankten Delacour aufgestellt hatte, einen warmen Handshake auszutauschen. Das wurde nachdrücklich betont, denn die beiden lateinischen Schwesterländer haben sich in der letzten Zeit heftig ausgetauscht. Ihre Beziehungen waren mehr als lästig als heratisch, weil die Italiener den nicht ganz unverdächtigen Eindeutigkeitsbeweis, dass sie leicht, nachdem sie als Verbündete der Entente ihre Schuldigkeit getan haben, an die Wand gesetzelt werden sollen, während England und Frankreich sich den Haubt des gewonnenen Krieges teilen. Auf diesem Boden ist die deutlichste Stimmung Italiens gewachsen, die in Paris steigende Verwüstigkeit verursachte, weil von hier aus die ungehörige Auslauferung Deutschlands verhindert werden konnte. Es mußte also etwas geschehen, weil der Ton zwischen den östlichen und den westlichen Zeitungen von einer wechselseitigen Gerechtsamkeit geworden war, die sich mit den Begriffen einer Entente kaum mehr vereinbaren ließe.

Auso wurde eine mündliche Absicht zwischen beiden Ministerpräsidenten vereinbart, die dann auch in Aix-les-Bains zur vollsten Zustimmung verlaufen ist. Jedenfalls verzichtet das die offizielle „Alliance“ auf, aber das will so sehr viel nicht sagen, denn eine Ministerzusammenkunft, von der nicht ähnliches berichtet worden wäre, hat es in unserer modernen Geschichte überhaupt kaum gegeben. Und je weniger auf sachlichem Gebiet erreicht wurde, desto übereinstimmender gestaltet sich in der Regel der amtliche Bericht. Wollte man daraus schließen, dann müsste diesmal nicht allzu Erheiterndes herausgefunden sein. Über solche gewagten Kündigung soll man nicht stehen, um sich rechtzeitig vor Enttäuschungen zu bewahren. Werden doggen über die Phrasen, mit denen der Bericht überschwenglich ausgeschmückt ist, einmal weggestrichen, so bleibt eigentlich nicht viel weiter als der Sachverhalt, dass beide Teile sich von neuem für die Ausführung des Schiedsvertrages von Versailles stark gemacht haben. Und dazu brauchen sie im Grunde nicht noch einmal zusammenzutreffen. Das stand schon vorher fest. Alles, was sonst in dem Kommunikate enthalten ist, ein schöner Gas über Polen, ein noch schönerer Gas über die Integrität der Türkei — nachdem man sie so gut wie aufgestellt hat! — einige unverbindliche Sätze über die Adria, die den Italienern angenehm in den Ohren klungen sollen, ohne Frankreich zu irgend etwas zu verpflichten, das sind Sandfänger, die zwischen den Händen durchgleiten, über keinen greifbaren Rückhalt ergeben.

Zweckmäßig behauptet die Pariser Presse, dass es gelungen sei, „die Wölfe zwischen Italien und Frankreich zu zerstreuen.“ Wenn das richtig ist, dann muss in Aix-les-Bains mancherlei geschehen sein, worüber auch zwischen den beiden vorstehenden Ländern jede Andeutung vermieden wird. In welcher Richtung wir da zu suchen haben, darüber ist kein Zweifel möglich. Millerand hat offenbar dem Drängen der Clemenceau-Gruppe nachgegeben und bemüht sich jetzt, die Genfer Finanzkonferenz zu sabotieren, um dafür Deutschlands Kriegsentlastigung einstieg durch den Wiedergutmachungsabschluss feststellen zu lassen. Die Belager hat er dafür bereits gewonnen. Ob auch Giolitti ihm ins Horn gegangen ist, kann erst die Zukunft zeigen. Allerdings wird die italienische Regierung sich jedenfalls nicht versucht haben, denn der Bericht auf Genf würde weit ab von dem bisherigen Wege ihrer Politik liegen. Über die europäische Diplomatie beruht ja leider keine darauf, dass alle Differenzen auf Deutschlands Kosten ausgeglichen werden und Italien hatte soviel Wünsche, dass deren Erfüllung

Die Pflicht der Landwirte.

Aufruf zur Ableistung von Brotpflicht.

tu. Berlin, 15. September.

Mitglieder des landwirtschaftlichen Ausschusses der Reichstagsfraktion des Reichstages erlassen einen Aufruf an ihre Freunde im Lande; darin heißt es: Nachdem der volkswirtschaftliche Auschluss des Reichstages den Beschluss auf Aufhebung des Bier- und Fleischbeschaffungsgesetzes und daran die Bedingung auf rechtzeitigen Abdruck und Aufleistung des Brotpflichtes geknüpft hat, ist es die Pflicht aller Landwirte, nun auch ihrerseits das zu tun, das unter allen Umständen durch entsprechende Auflieferung von Brotpflichtreide die Brotpflichtreserve für die nächsten Monate gesichert und eine gewisse Brotpflichtreserve für kommende Fälle vorhanden ist. Wie wenden und daher noch einmal an unsere Freunde im Lande mit der belgischen Bitte, unbefüllt um alle Schwierigkeiten in den nächsten Wochen den Abdruck von Brotpflichtreide zu fördern und die angebrachten Mengen zur Ableistung zu bringen.

100 000 Zentner lagernde Kohlen.

Auf der Grube „Maria“ in Goldeneck lagern gegenwärtig 100 000 Zentner Braunkohlen. Die Kreisohlenstelle Sangerhausen gibt bekannt, dass die Kohlen auf dem Lande wege Absturz abgesunken werden müssten, so dass der Grubenbetrieb eingesetzt und die Arbeiter entlassen werden müssen. Um diese Betriebsentfernung zu verhindern, gibt die Kreisohlenstelle jetzt an jedem Tag in den nächsten Wochen den Abdruck von Brotpflichtreide zu fördern und die angebrachten Mengen zur Ableistung zu bringen.

Ein Aufruf auf Einziehung des Geldes.

In der hessischen Kammer hat der sozialistische Landtagsabgeordnete Lang einen dringlichen Antrag gegen die Steuerhinterziehung eingereicht, nach welchem die Regierung bei der Reichsregierung verlangen soll, doch sofort andere Zahlungsmittel geschaffen und das bisherige Geld eingezogen wird. Nicht abgelieferter Heller sollen für werlos erklärt werden, auch das deutsche Geld im Auslande. Der Antrag beweist, die Kriegsgewinner, Schieber und Wucher am Bekämpfen heranziehen, da, wie begründend gesagt wird, die meisten ihr Geld ins Ausland verschleppt oder zu Hause verschlossen haben.

Eine Rede Dr. Renners.

tu. Annaburg, 15. September.

In einer sozialistischen Abgeordnetenversammlung, in der auch zahlreiche Großdeutsche Eintrat, kam es zu Auseinandersetzungen gegen den anwesenden Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Renner, dem wegen seiner Neuerungen „Oesterreich müsste sich westlich orientieren“ und „Auch die Wunde Südtirol wird vernarben“ lebhafte Vorwürfe gemacht wurden. Dr. Renner erklärte in längerer, oft unterbrochener Rede, dass er für den Anschluss an Deutschland einzutreten sei, dagegen hätten die Christlichsozialen während der Friedensverhandlungen in St. Germain sich systematisch gegen den Anschluss gewehrt. Unter westlicher Orientierung sei auch der Anschluss an Deutschland gemeint. Er habe in der westlichen Orientierung nie eine Unzufriedenheit Englands oder Frankreichs verstanden, sondern nur den Gegensatz zur

Reichsregierung. Diese habe die Auseinandersetzung mit einer gewissen Berechtigung gemacht. Die Pariser Presse, die mit sichtlicher Enttäuschung feststellte, dass der amtliche Bericht sich über Genf vollkommen ausschweigt, tröstet sich inzwischen damit, dass es nicht angängig gewesen sei, hierüber etwas zu sagen, bevor nicht Lord George seine Zustimmung gegeben habe. Das kann zurecht sein, sehr viel wahrscheinlicher aber will uns bedenken, dass Giolitti sich nur mit einer Verschiebung der Genfer Konferenz einverstanden erklärt hat, um zunächst erst einmal für die Verfolgung der italienischen außenpolitischen Ziele Raum zu gewinnen, so dass Herr Millerand vielleicht doch ohne eine bindende Fassung wieder nach Paris zurückkehrt. Im übrigen, wie können es zur Not abwarten, wenn die Gegenseite sich mit schönen Phrasen über ihre eigenen Verlegenheiten ausweichen will. Und soll es recht sein, wie haben die Konferenz von Genf nicht gewollt, sondern sind eingeladen worden. Glaubt die Entente uns für die Festsetzung unserer Zahlungsverbindlichkeiten nicht wichtig zu haben, dann können wir in aller Geduld abwarten, wie weit sie dabei kommt...

Die Verhandlungen beenden.

Giolitti verließ gestern vormittag Aix-les-Bains. Die beiden Ministerpräsidenten verabschiedeten sich in herzlicher Weise von einander.

Giolitti für Verlängerung der Genfer Konferenz.

„Corriere della Sera“ meldet aus Aix-les-Bains: Giolitti hat dem Verlangen Frankreichs zugestimmt, die auf den 24. September vorgesehene Konferenz in Genf zu verlängern. Frankreich hofft, den Vorschlag des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix zum Siege zu führen, wonach zunächst die Wiedergutmachungskommission in Paris die Brüder, welche Vertrag Deutschland zu zahlen im Stande ist, endgültig beraten soll. Erst danach soll das Zusammentreffen mit den deutschen Delegierten stattfinden. Eine Meldung aus Basel dagegen besagt: Die Lord George nahmstehende „Daily Chronicle“ meldet, die englische Regierung habe vorgezögert, die Genfer Konferenz am 24. September abzuhalten, und Deutschland habe den englischen Vorschlag angenommen.

Giolitti über Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Wie die Pariser Blätter melden, erklärte Giolitti Vertretern der Presse, dass Deutschland zum Völkerbund aufgenommen werden sollte, wenn es den Willen, den Friedensvertrag auszuführen, zum Ausdruck bringe. Ob dieser Zeitpunkt nahe oder fern sei, hänge allein von Deutschland ab.

Englische Pressekritiken über Aix-les-Bains.

„Daily Chronicle“ schreibt mit Bezug auf die Ergebnisse der Konferenz von Aix-les-Bains zwischen Millerand und Giolitti, Italien habe, wie klar ersichtlich sei, Koncessionen an Frankreich gemacht. Das Blatt bedauerte, dass darunter auch die Preisgabe der Genfer Konferenz mit den Deutschen falle. Es sei nicht leicht zu sehen, welche Bedeutung man den Bemerkungen über das Erzwingen der Erfüllung der in den letzten Jahren geschlossenen Verträge beimessen müsse. „Daily News“ sagt, soweit bekannt sei, hätten Großbritannien und Italien die Genfer Konferenz gewünscht, und Deutschland, das an der Konferenz teilnehmen sollte, be-

stölichen Orientierung ausdrücken wollen, worunter die Donauföderation mit den österreichischen Nachbarstaaten zu verstehen sei. Wenn dies wahr zu sein scheint, dann im November der Völkerbund zusammengetreten werden. Man werde sofort die Bitte um Aufhebung des Anschlussverbotes erheben. Aber solange Frankreich mit seinem Imperialismus die eigene Seige spielt, werde man nicht viel erreichen, man müsse Geduld haben.

Aus Wien wird gemeldet: In dem Wahlaufrufe der Reichsparteileitung der großdeutschen Volkspartei heißt es: Der Leitster der Politik ist der Anschluss Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Er allein ist für uns die Rettung aus tiefster Not.

Ein Aufruf Morants.

Aus Beuthen (O.S.) wird gemeldet: Morant riefte einen längeren Aufruf „An die Bevölkerung Oberösterreichs“, der an die neuerlichen benachbarten Nachrichten anknüpft und hierüber in erster Linie die Presse verantwortlich macht. In dem Aufruf heißt es: In Wirklichkeit wird die Lage Österreichs von Tag zu Tag ruhiger. Wie würden längst zu normalen Verhältnissen zurückgeführt, wenn nicht die obösterreichischen Missionen entgegenarbeiteten. Der Aufruf spricht weiter von Versprechungen alten altdutschen Heerführern und Kommunisten, welche letzterer man als Werkzeug für die neuen Pläne bedienen wolle. Die polnische Arbeiter- und Landbevölkerung wird aufgefordert, Ruhe und Besonnenheit zu wahren, alle Kräfte für die Autorechterhaltung der Ordnung einzustellen und die kommunistischen und altdutschen Behörden abzuwerfen.

Der zweite Teil des Aufrues beschäftigt sich mit angeblichen Verbinden, die politische Bevölkerung gegen die italienischen Belagerungstruppen aufzureißen und einen Gegenstand zwischen den französischen und den italienischen Truppen zu kontrahieren. Morant fordert auf, den italienischen Truppen und Behörden überall dieselbe Freundschaft wie den französischen entgegenzubringen.

Der Aufruf schließt: Wer die Ruhe und Ordnung stört, trägt zur Verschiebung des Termins der Volksabstimmung bei. Diese aber brauchen wie so schnell wie möglich, denn sie soll formal den Stand der Dinge in Österreich bestätigen, nämlich, dass Österreich polnisches Gebiet ist und zeitig und moralisch bereits einen Teil der freien Volksrepublik Polen bildet.

Ein neuer Befehl. Aus Beuthen (O.S.) wird gemeldet: In Bad Ischlau ist der Landjäger Golla, der Vertrauensmann des Verbandes heimatstreuer Österreicher, von uns bekannten Tätern erschossen worden.

Neue polnische Unruhen in Westpreußen.

Nach einer Meldung der „Königsberger Allgemeinen“ aus Neidenburg sind in Lautenburg und Löbau nach dem Muster von Graudenz schwere Unruhen ausgebrochen. Von dort sind eine große Anzahl deutscher und polnischer Flüchtlinge im Kreis Soldau eingetroffen. Die polnische Heeresleitung hat sofort zwei Bataillone Infanterie nach Lautenburg und Löbau entsandt, um die Ruhe wieder herzustellen. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. — Die Polen merken im Bereich von Soldau an der ehemals longepolnischen Grenze Schützengräben mit der Front nach Deutschland aus.

Zeichnet ihre Preisgabe mit einer gewissen Berechtigung als Vertrauensbruch. Gau sei dazu bestimmt gewesen, die Fortsetzung der Konferenz von Spa zu bilden; die Schadensfrage sei der Hauptpunkt bei der Konferenz von Spa gewesen, und die Deutschen hätten dem Ergebnis der Militärs gemäß ihre eigenen Pläne für die Schadensersatzzahlungen vorgebracht, wegen Zeitmangel seien diese Pläne nicht erörtert worden, und die Konferenz von Genf sei ausdrücklich angezeigt worden, um sich mit dieser Frage zu befassen. Da gleicher Zeit hatten die Alliierten den Völkerbund ergründet, seine internationale Finanzkonferenz in Brüssel zu verzeichnen, und versprochen, dass dem Völkerbund noch vor dem 15. September 1920 ausführliche Mitteilungen über die Regelung der Schadensersatzforderungen unterbreitet werden würden. Dieses Versprechen könne jetzt nicht gehalten werden. Die Brüsseler Konferenz müsse jetzt zusammengetreten, ehe die vertraglichen Unterlagen zu erhalten.

Eine französische Stimme.

Bei Befragung des Ergebnisses von Aix-les-Bains sagt „Avenir“, über die Wiedergutmachungskommission habe kein Wort in der amtlichen Erklärung, und man werde sich mit der militärischen Zustimmung Giolittis zu der belgisch-französischen Anregung begnügen müssen und zwar mit der Hoffnung, dass Lord George ihr zukommen werde. Die Entscheidung in der Sowjetzone nennt das Blatt fürchterlich. Sie bedeutet das Ende jeder gemeinschaftlichen interalliierten Politik Russland gegenüber, das heißt, den ersten offiziell erklärten Bruch zwischen den Entente-Regierungen in einem bestimmten Punkte.

Weiter wird aus Paris gemeldet: Was bis jetzt über das Ergebnis von Aix-les-Bains bekannt geworden ist, wird von der französischen Presse als ein weiterer Erfolg der Politik Millerands bezeichnet, von der gesagt wird, dass sie in einem gewissen Gegenfach zu denjenigen Lord Georges steht. Die Verschiebung der Konferenz von Genf verdeutlicht ohne Zweifel, dass man von der Feststellung einer bestimmten Entschädigungssumme seitens Deutschlands absehen habe. Nunmehr werde sich nur noch die Wiedergutmachungskommission mit der Regelung dieser Frage zu befassen haben.

Die italienische Presse über Aix-les-Bains.

Die italienische Presse sieht als grundlegendes Resultat der Befragung die Feststellung an, dass die beiden Regierungen in Zukunft in aller Form darauf verzichten, eine gemeinsame außenpolitische Front herzustellen. Das Verhältnis zwischen den beiden Ländern ist vielmehr als ein freies Zusammenarbeiten gedacht und als gegenseitige Unterstützung von Fall zu Fall.

Ramenew verteidigt sich.

Wie der „Telegrafo“ aus London meldet, hat das englische Unterhausmitglied Kenworthy der „Times“ die Unterschrift eines Briefes angehängt, den er von Ramanew vor dessen Abreise aus London erhalten hat. Ramanew bestreitet sich in diesem Briefe, wie Lord George während seines Aufenthaltes in London auf allerlei Weise, jeden Kontakt, über den Frieden zu verhandeln, auf die lange Bank gesessen und zum Schluss den Abbruch der Ver-

